

Zeit-gerechte Klimapolitik

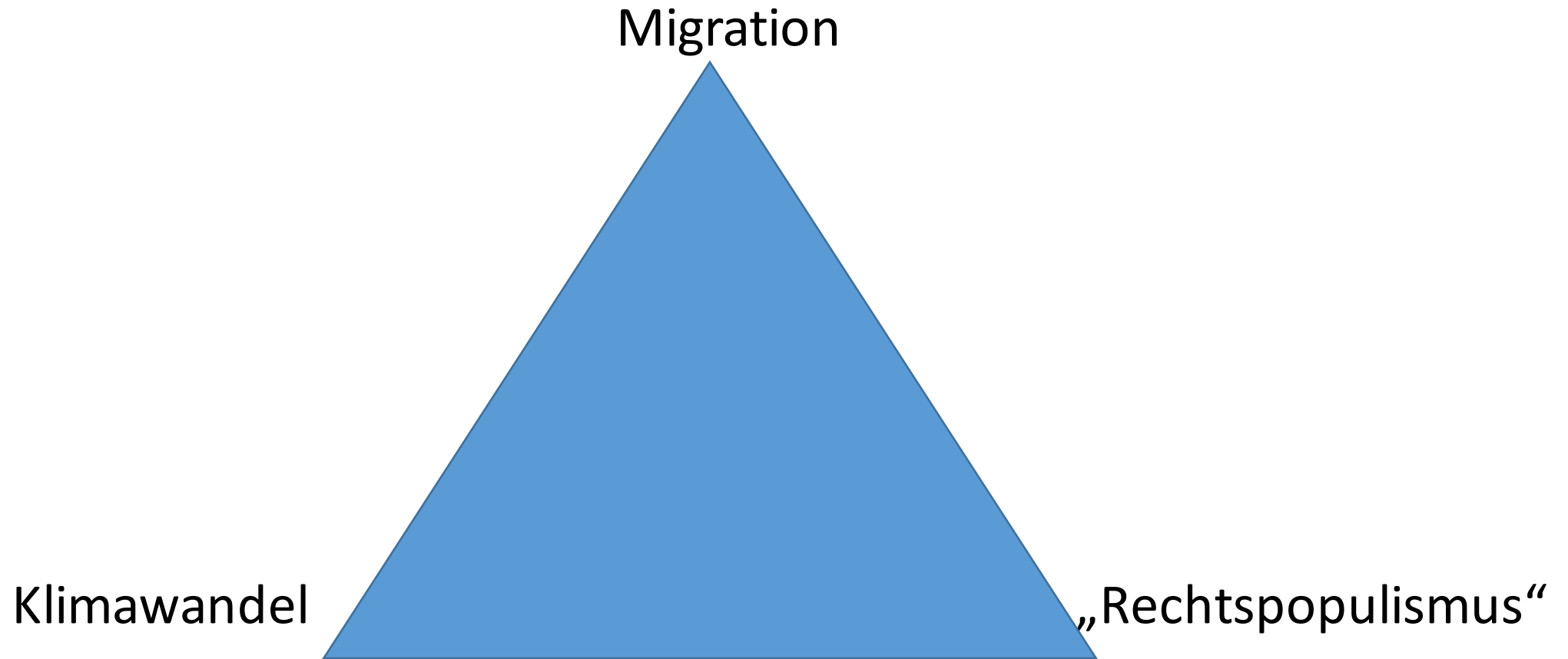
Prof. Dr. Claus Leggewie

Umweltrechtliches Praktikerseminar

FB Recht, JLU

25.10.2018

Interdisziplinäre Klimaforschung





- 1) die vom Strukturwandel zur Klimaverträglichkeit betroffenen Menschen (z. B. in Kohleregionen),
- (2) die Rechtsansprüche der vom Klimawandel geschädigten Menschen
- (3) die würdevolle Migration von Menschen, die ihre Heimat durch den Klimawandel verlieren
- (4) die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten für eine *zeit-gerechte* Transformation.

https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/politikpapiere/pp2018-pp9/wbgu_politikpapier_9.pdf

„Zeit-Gerechtigkeit“

= Verbindung der rechtzeitigen Dekarbonisierung mit gerechten Lösungen für die betroffenen Menschen

„wir jetzt“ + „die anderswo“ + „die nach uns“

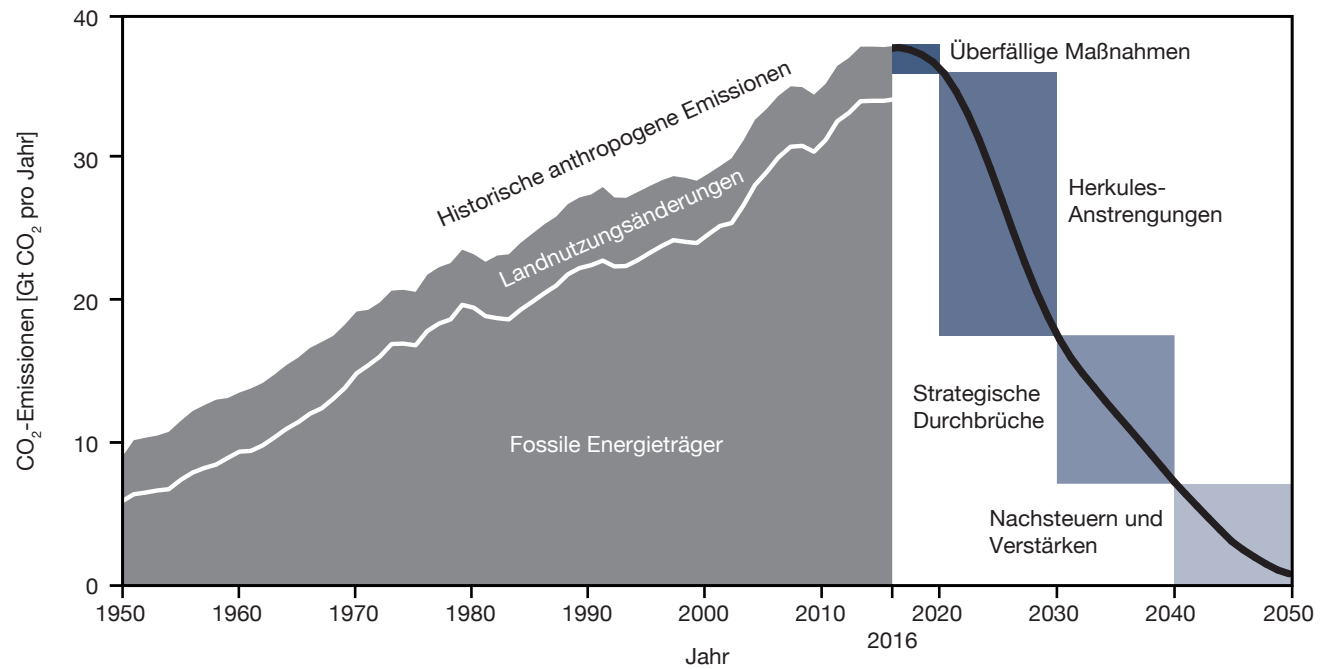
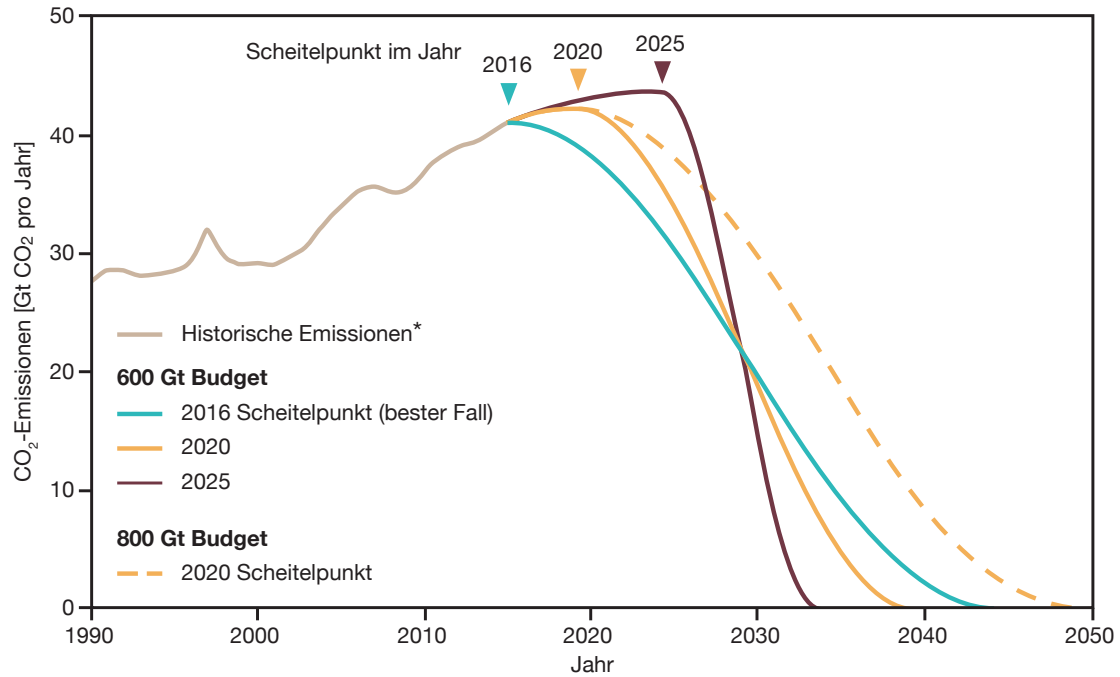
Forschungsbereiche:

<<Migration + Rechtsradikalismus + Klimawandel>>

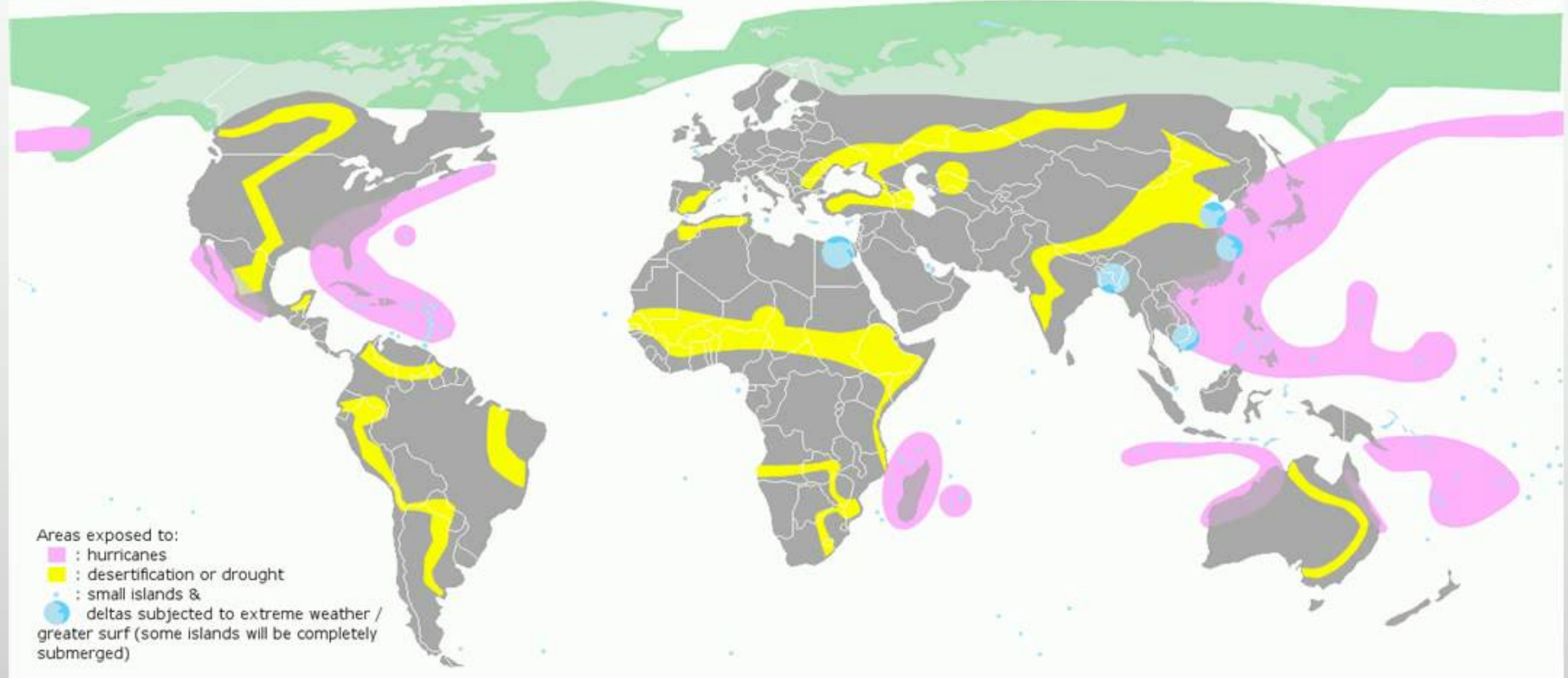
Moderne Zeitverhältnisse

(Chronologisch-lineare Kodierung → Qualitativ-zyklische Kodierung)
Erfahrungsraum und Erwartungshorizont

Vergangenheit	Gegenwart	Zukunft
Erfahrung (personal)	Erlebnis	Erwartung
Erinnerung (kollektiv)	Streckung	Hoffnung
Historismus	Präsentismus	Utopismus
→ Reflexivität	→ Zeitgenossenschaft	→ Futur II-Denken



Umweltflüchtling



https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Natural_disasters_caused_by_climate_change.png



Nümann ZAR 2015, 165

- Eine einheitliche und umfassende Lösung zum Schutz von „*Klimaflüchtlingen*“ besteht im Internationalen Flüchtlingsrecht nicht. Das Phänomen ist weder klar umrissen, noch können die bestehenden Instrumente zum Schutz von Flüchtlingen derart interpretiert werden, dass sie Umweltveränderungen als Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels erfassen. ...
- Dennoch bedeutet dies nicht, dass ein flüchtlingsrechtlicher Schutz im Zusammenhang mit umweltbedingten Ursachen für die Abwanderung generell ausgeschlossen ist. Vielmehr ist genau zu identifizieren, welche Personen im Mittelpunkt der Diskussion stehen, da sie nur teilweise vom bestehenden Schutz erfasst werden. Die im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung stehenden Personen, die wegen Umweltveränderungen unmittelbar oder wegen des zum Klimawandel beitragenden Verhaltens ihre Heimat verlassen müssen, werden derzeit nicht als Flüchtlinge erfasst...
- Diese bestehenden Schutzlücken gilt es zu schließen. Die Entwicklung des Flüchtlingsrechts zeigt, dass die vertraglichen Regelungen immer in Reaktion auf die besonderen Situationen ihrer Zeit und die jeweiligen Bedürfnisse verabschiedet und dabei immer mehr erweitert wurden. Die Erkenntnisse über den Klimawandel und seine Auswirkungen sowie die Erfahrungen mit den Umweltveränderungen und den davon betroffenen Personen begründen die Notwendigkeit auch vertragsrechtlich darauf zu reagieren



**THE NANSEN INITIATIVE
GLOBAL CONSULTATION
CONFERENCE
REPORT** GENEVA, 12-13 OCT 2015

The Nansen Initiative Global Consultation is supported by the generous contributions of:

- Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun Svizra
- Federal Department of Foreign Affairs FDFA
- NORWEGIAN MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
- German Humanitarian Assistance
- EUROPEAN UNION
- MacArthur Foundation

This document is for general distribution. All rights reserved. Reproductions and translations are authorized, except for commercial purposes, provided the source is acknowledged.
© THE NANSEN INITIATIVE, December 2015
Layout & design: BA03/0001/01

Klimabedingte Migration

- 2008 bis 2016 mussten insgesamt ca.-228 Mio. Menschen aufgrund von klima- und wetterbezogenen Katastrophen (nicht durch tektonisch verursachte Ereignisse wie Erdbeben, Tsunamis oder Vulkanausbrüche bedingt) ihren angestammten Wohnort temporär oder dauerhaft verlassen, das entspricht durchschnittlich etwa 22,3 Mio. Menschen pro Jahr.
- Global 2016 ca. 24,2 Mio. Menschen wegen plötzlich einsetzender Extremereignisse (Überflutungen, Stürme, Busch- und Waldbrände) als Binnenvertriebene auf der Flucht (IDMC und NRC, 2017).
- Schätzungen für globale umweltbedingte Migration bis zum Jahr 2050, die von 25 Mio. bis zu 1 Mrd. betroffenen Personen reicht (Ionesco et al., 2017). Ca. 80% der weltweiten Migration verläuft nicht grenzüberschreitend, sondern innerhalb von Ländern (Adger et al., 2014).
- Plus Migrationsauswirkungen schleichender Veränderungen (z.B. Landdegradation, Grundwasserversalzung, Dürre). Weltbank: bis zum Jahr 2050 werden 143 Mio. Menschen in Afrika südlich der Sahara, Südasien und Lateinamerika durch Klimafolgen innerhalb ihrer Länder vertrieben

ONE HUMANITY SHARED RESPONSIBILITY

Report of the United Nations Secretary-General
for the World Humanitarian Summit



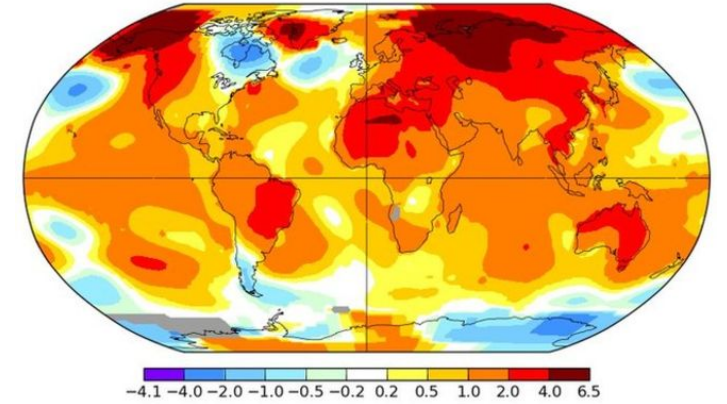
#GROUNDWELL

PREPARING FOR INTERNAL CLIMATE MIGRATION

April 2016

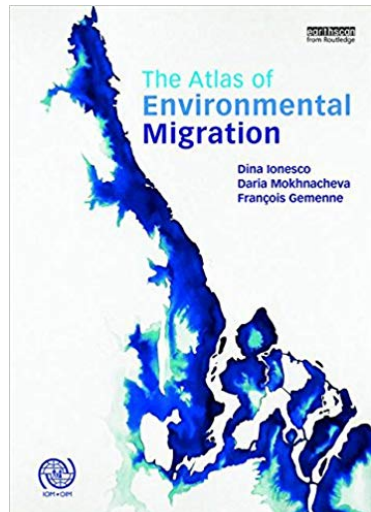
L-OTI (°C) Anomaly vs 1951-1980

1.11



GRID 2018

GLOBAL REPORT ON
INTERNAL
DISPLACEMENT



DRAFT PROJECT GLOBAL PACT FOR 1 ENVIRONMEI



Global Compact
FOR Migration



United Nations
Global Compact

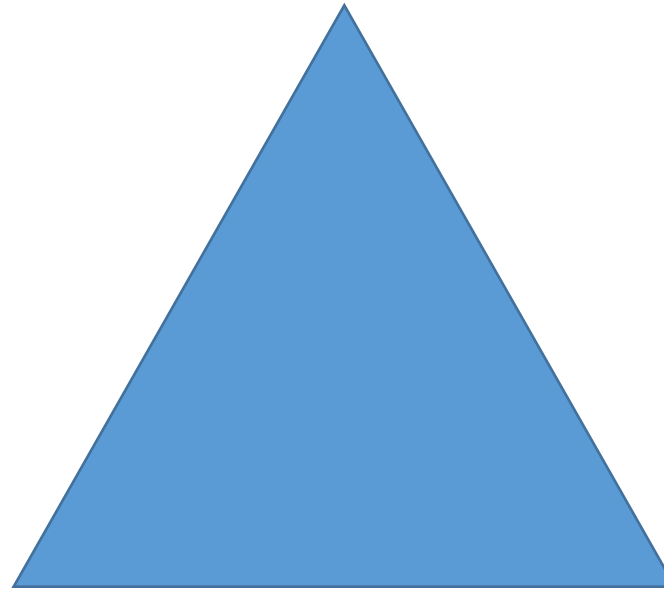


PLATFORM
ON DISASTER
DISPLACEMENT
FOLLOW-UP TO THE NANSEN INITIATIVE

UN: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2030- Agenda)

Ziel 13: »Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken« UN-Human Rights Council – MRR, 2017

Soft law



NRO

Internal Displacement Monitoring
Centre (IDMC)

Nansen-Initiative (CH, N)2012/15
Platform on Disaster Management

Verursacherprinzip

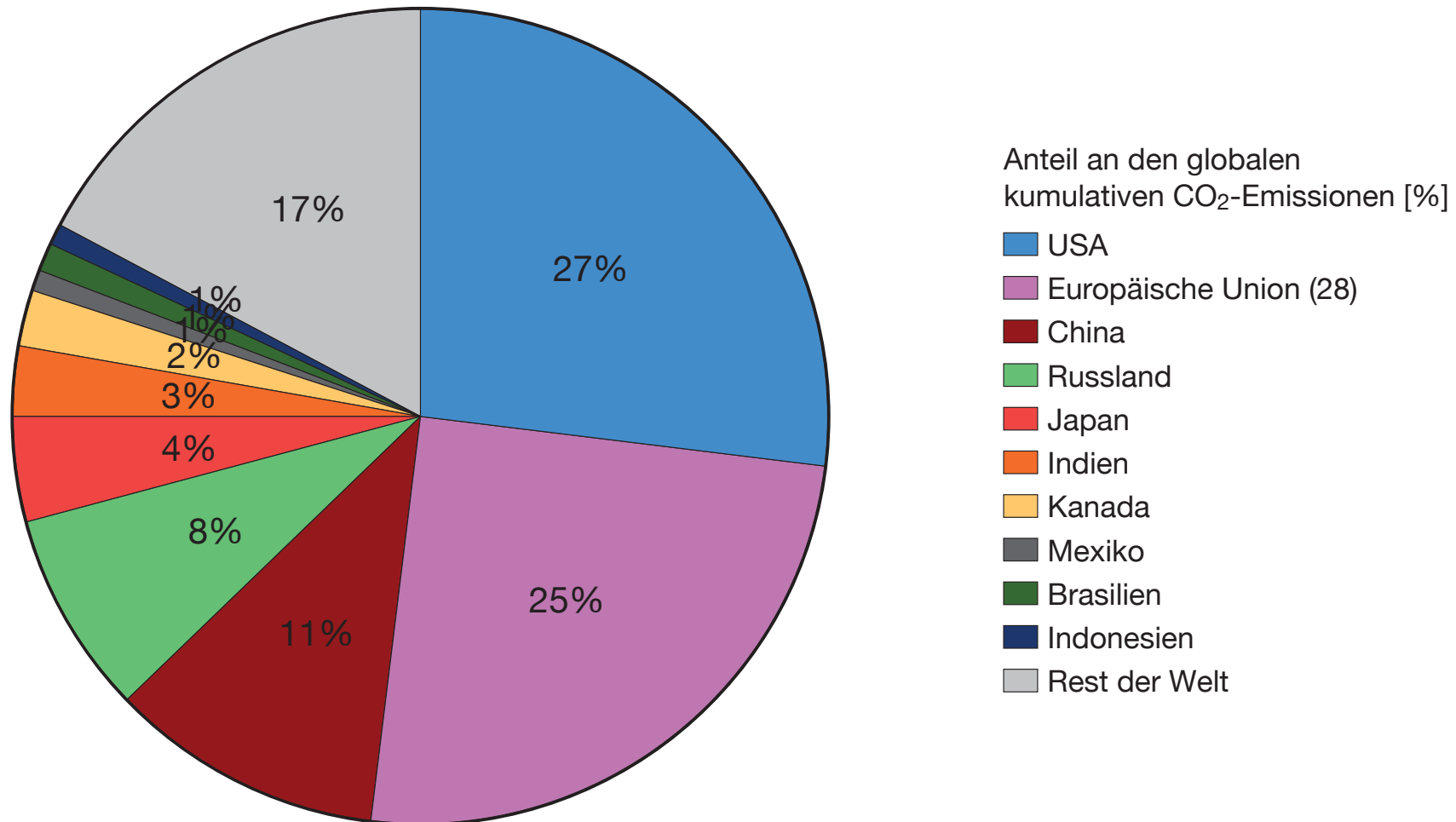


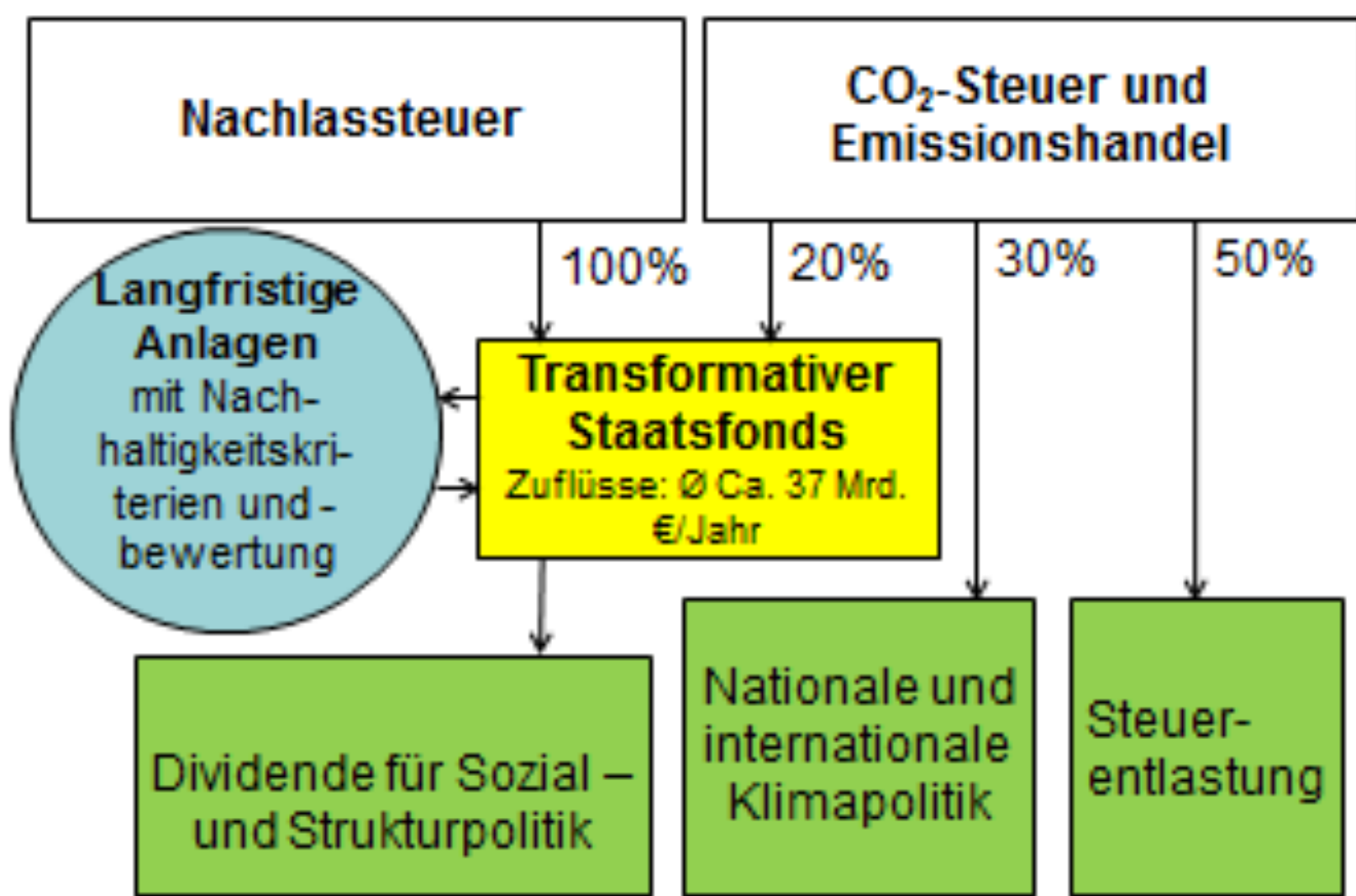
Abbildung 2

Ferris/Bergmann, Journal of Human Rights and the Environment, Vol. 8 No. 1, March 2017, pp. 6–29

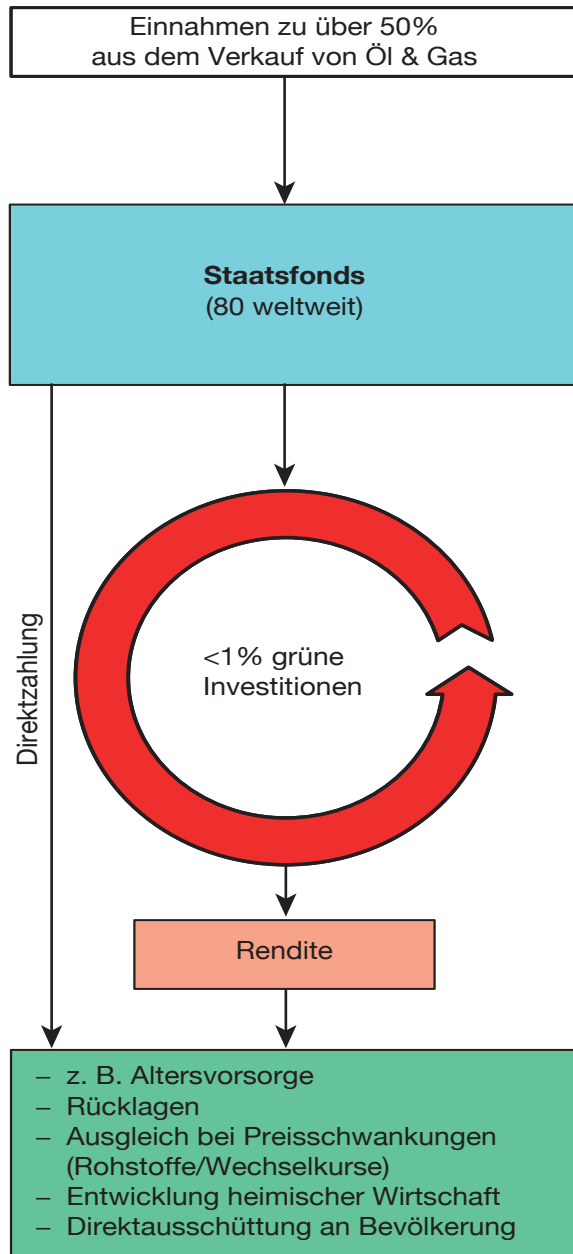
It seems clear that the development of normative frameworks to protect those displaced because of the effects of climate change will have to use both available soft and hard law avenues to the best extent possible. Yet given the significant challenges of collective action on the issue, protection gaps will probably persist. It is also evident that norms by themselves will not be enough. National and international civil society efforts will be vital to create a bottom-up demand for change, to hold governments accountable, to provide innovative solutions and expertise on the issue, to further the translation of norms, initiatives and values into binding national law, and to contribute to new shared understanding and legitimacy for protection issues. Beyond all normative efforts, the international community must also take practical action to radically take the edge off climate change, preventing the most adverse effects as long as it is still possible. The cost of inaction will certainly be higher than stringent climate mitigation measures. As the Nansen Initiative argues, '[p]eople forced to move is a powerful reminder that urgent action is needed to reduce climate change'.

Transformativer Staatsfonds

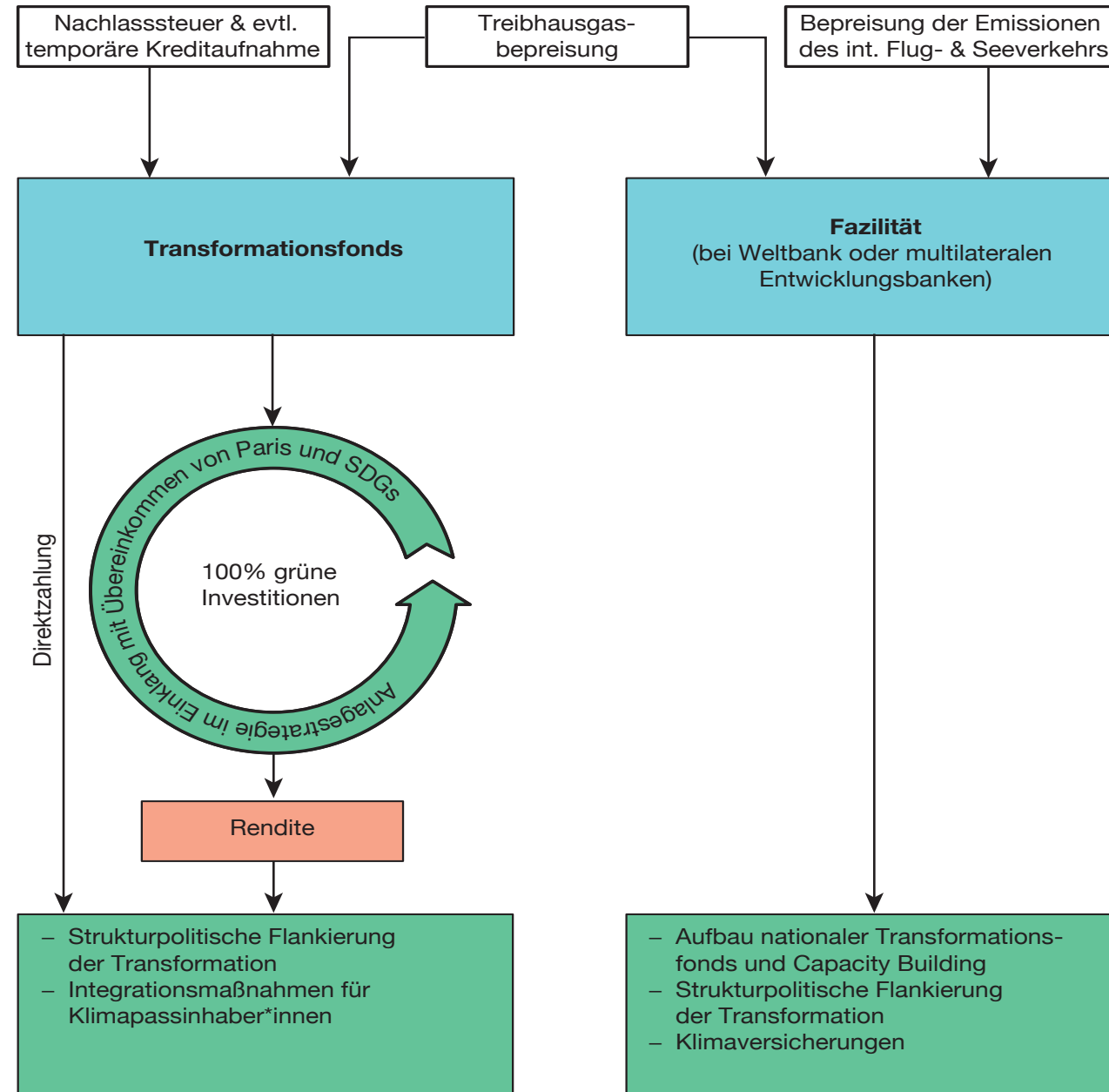
- langfristiger Anlagehorizont, hohe Risiken, große Volumen
- Kriterien: negativ (z.B. Ausschluss von Unternehmen, deren Haupteinkünfte aus fossilen Brennstoffen stammen, aus Fracking, etc.), normbasiertes Screening (z.B. Einhaltung des Global Compact) positive (z.B. Energieeffizienz oder nachhaltige Baustoffe, Reduktion des CO₂-Fußabdrucks um x%)
- Finanzierung: Kombination aus erweiterter CO₂-Bepreisung (Anteil CO₂-Steuer oder Emissionshandel) und Nachlasssteuer (25% für Nachlässe über >500.000 €)
- Parlamentarische Kontrolle und Logistik (Geschäftsstelle, Beirat etc.)
- Internationalisierung (EU, G 20)



Status Quo: Staatsfonds



Vorschlag des WBGU: Transformationsfonds



	Staatsfonds	Transformationsfonds
Vermögensaufbau	ohne Steuerungswirkung: Einnahmen hauptsächlich aus Verkauf von Öl und Gas (66% von 7,5 Bio. US-\$)	Steuerungswirkung: Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung + Umverteilungswirkung durch Nachlasssteuer
Anlagestrategie	Ohne Nachhaltigkeitsfokus (grüne Investitionen < 1%)	Mit Nachhaltigkeitsfokus (100 % der Investitionen im Einklang mit SDGs + Klimazielen)
Mittelverwendung	Variabel (z.B. Haushalt, Ausgleich von Preisschwankungen, Grundeinkommen, etc.)	Gemeinwohlorientiert (sozialpolitische Flankierung der Transformation)
Governance	Variabel (Staatliche Organisationen, unabhängiges Management)	Demokratisch kontrolliert

BESTEHENDE FONDS

Nuklear-Entsorgung

17 KfW Fonds, z.B. Blue Action Fund

Pensionsfonds Bund, Länder, Kommunen

Fragen

Gibt es viele nachhaltige Unternehmen, die keine ausreichende Finanzierung haben? Oder ausreichend Kapital, aber nicht genügend Investitionsmöglichkeiten?

Komplementarität mit privaten Investitionen? (Überhandnehmen der Marktlogik, Finanzialisierung von Nachhaltigkeit?)